



# HESSISCHER LANDTAG

01. 12. 2009

Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen

## **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**betreffend die maßgeblich vom Ministerpräsidenten betriebene  
Absetzung des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender -  
Verfassungsklage jetzt!**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist ein hohes Gut und muss unter allen Umständen gewahrt bleiben. Der aktuelle Fall der maßgeblich von Ministerpräsident Roland Koch mit fadenscheinigen Argumenten betriebenen Absetzung des ZDF-Chefredakteurs Nikolaus Brender zeigt jedoch, dass der ZDF-Verwaltungsrat von parteipolitischen Motiven durchgezogene Entscheidungen trifft.
2. Der Landtag kritisiert das offensichtlich durch parteipolitische Interessen motivierte Vorgehen des Ministerpräsidenten bei der maßgeblich von ihm betriebenen Absetzung des Chefredakteurs Brender. Brender hat sich in den letzten Jahren Anerkennung und Respekt erarbeitet - gerade für seine parteipolitische Unabhängigkeit. Angesichts der zunehmenden politischen Einflussnahme auf öffentlich-rechtliche Sendeanstalten stellt sich die dringende Frage, ob Artikel 5 des Grundgesetzes und die vom Bundesverfassungsgericht garantierte Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks noch ausreichend eingehalten werden.
3. Der aktuelle ZDF-Staatsvertrag und die aus ihm folgende Gremienbesetzung des ZDF werden offensichtlich der verfassungsrechtlichen Vorgabe der Durchsetzung der Staatsferne in keiner Weise gerecht. Die Causa Brender zeigt einmal mehr, dass der ZDF-Staatsvertrag dringend verändert werden muss, um in Zukunft den interessegeleiteten Zugriff auf die Personalentscheidungen und damit die Inhalte des Senders zu verhindern. Dazu bedarf es insbesondere einer Änderung der Zusammensetzung des Verwaltungsrates.
4. Der Landtag setzt sich dafür ein, dass zukünftig keine Vertreter der Exekutive dem ZDF-Verwaltungsrat angehören sollen. Regierungen sind naturgemäß Objekt von kritischer Berichterstattung. Diese Aufgabe des Journalismus ist essenziell für eine funktionierende Demokratie. Wenn die so öffentlich Kontrollierten am Ende über versagte Vertragsverlängerungen ihre Kontrolleure absetzen können, ist die Demokratie in Gefahr.
5. Der Landtag begrüßt deshalb die von der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angekündigte Normenkontrollklage zur Überprüfung des ZDF-Staatsvertrags vor dem Bundesverfassungsgericht. Der Landtag hält diese Überprüfung für dringend erforderlich und bittet deshalb vor allem Abgeordnete aus SPD, FDP und Linksfraktion im Bundestag, ihren Teil zur Erreichung des nötigen Quorums beizutragen.

Wiesbaden, 1. Dezember 2009

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tarek Al-Wazir**